

1 Nationalstaatsgedanke und Nationalismus in Europa

1.1 Deutschland unter Napoleon 1800–1815 (S. 14–24)

Thematische Einführung

Dieses Unterkapitel vermittelt den Schülerinnen und Schülern den säkularen Charakter des Modernisierungsschubs, den die Französische Revolution und die napoleonische Herrschaft für die deutschen Staaten bedeutete. Das europäische Erbe der Französischen Revolution lag in der Verbreitung der nationalen und der sozialen Frage sowie in der Forderung nach politischer Partizipation und bürgerlicher Gleichheit im Rahmen der Verfassungsfrage. Dieses Unterkapitel legt seinen Schwerpunkt auf die Entwicklung der Deutschen Frage als Wunsch nach nationaler Einheit und deren vorläufige Beantwortung durch die Gründung des Deutschen Bundes als integralem Bestandteil einer europäischen Friedensordnung. Nach Bearbeitung dieses Unterkapitels sollen die Lernenden das die nächsten Jahrzehnte prägende Spannungsverhältnis zwischen enttäuschem, bürgerlich-nationalem Anspruch und fürstlicher Interessenpolitik analysieren können. Vor dem Hintergrund dieser divergierenden Interessen soll in einem weiteren Schritt die Struktur und die Funktion des Deutschen Bundes untersucht und beurteilt werden.

Die Umwälzungen in Frankreich seit 1789 blieben zunächst in weiten Teilen Deutschlands ohne größeren politischen Widerhall. Dies änderte sich seit der Jahrhundertwende rapide, denn bis 1806 schmolz der deutsche Kosmos von 1800 Herrschaften in mehreren Säkularisierungs- und Mediatisierungswellen auf die übersichtliche Zahl von gut 30 souveränen Staaten zusammen. Das Zentrum dieser Staatenwelt lag in Paris, unangreifbarer Herrscher und Hegemon Mitteleuropas war Napoleon. Das alte Reich mit seinen Reichsrittern, Stadtstaaten, geistlichen Territorien verschwand und an seiner Stelle wurde in Mitteldeutschland der 16 Staaten umfassende Rheinbund gegründet.

Viele der Rheinbundstaaten stießen aus drei übereinstimmenden Gründen sogleich wichtige Reformen nach französischem Vorbild an. Zum einen galt es in den neu zusammengewürfelten Territorien „Nation-Building“ zu betreiben, also einheitliche Staats- und Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Zum anderen hatte das französische Vorbild den Modernisierungsrückstand der deutschen Staaten offenbart und schließlich glaubte man durch eine Anpassung an die Vorstellungen des Protektors einer Inkorporation in das frz. Staatsgebilde zuvorkommen zu können. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen in den Rheinbundstaaten orientierten sich zum großen Teil am Code Napoleon und gelten neben den preußischen Reformen als Initialzündung für den Eintritt Deutschlands in das Zeitalter der Moderne. Weitreichende Reformen wurden allerdings vor allem in Süddeutschland und den von Napoleons Verwandten beherrschten Territorien (Westfalen, Berg, Frankfurt) durchgeführt.

Mit der Ära Napoleons einher geht ebenso die Entwicklung des deutschen Nationalismus als neue Integrations- und gleichzeitig auch Abwehrideologie. Abzuwehren galt es die französische Fremdherrschaft. Der Zusammenbruch alter, insbesondere geistlicher Herrschaften öffnete dagegen dem Nationalismus

als neuer Legitimations- und Integrationsklammer die Tür. Mit dem politischen Liberalismus verbreitete sich zeitgleich zum Nationalismus ein weiteres Erbe der Französischen Revolution in den deutschen Staaten.

Aus diesen Strömungen sollte die nationalliberale Bewegung entstehen. Deren Wünsche nach einem Nationalstaat mit liberaler Verfassung wurden auf dem Wiener Kongress 1814/15 mit der Gründung des Deutschen Bundes als loser Staatenföderation allerdings jäh enttäuscht. Der Deutsche Bund besaß nur geringe zentralstaatliche Anklänge und wurde von souveränen Fürsten als reines Defensivbündnis zur Sicherung der eigenen territorialen Gewinne gegen inner- und außerdeutsche Ansprüche ins Leben gerufen. Die Deutschen Staaten agierten als Puffer zwischen Frankreich und Russland als den mächtigsten europäischen Kontinentalmächten und trugen somit zu einer vergleichsweise langen Friedensperiode in Europa bei.

Erwartungshorizonte zu den Arbeitsvorschlägen (S. 19)

- a) Beurteilungen napoleonischer Herrschaft (M1–M3)
- zu M1: Die Fürsten von Leiningen überbieten sich in ihren Glückwünschen zur Kaiserkrönung Napoleons in devoten Ehrenerklärungen gegenüber dem französischen Empereur. Sie preisen seinen Ruhm, sind von zärtlichen Gefühlen, hohem Respekt und von tiefer Dankbarkeit gegenüber Napoleon erfüllt.
Seit dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 sehen sie sich von Wohltaten seitens Napoleons überhäuft. Dabei wurden sie infolge der Revolutionskriege 1796 von den französischen Revolutionsheeren aus ihren traditionellen linksrheinischen Besitzungen in der Pfalz (erste urkundliche Erwähnung der altleiniger Linie 1128) vertrieben, ihr Stammsitz Dürkheim wurde niedergebrannt.
Entschädigt wurden sie im Rahmen des Reichsdeputationshauptschluss mit dem neugeschaffenen Fürstentum Leiningen (Residenz Amorbach im Odenwald), welches sich in erster Linie aus säkularisierten Territorien (Erzbistum Mainz, Bistum Würzburg) sowie des aufgelösten Kurfürstentums Pfalz zusammensetzte. Dieses neue Kunstgebilde im Kleinformat (1 600 km², ca. 90 000 Untertanen) erfreute sich allerdings nur von 1803 bis 1806 einer politischen Eigenständigkeit. 1806 wurde das Fürstentum Leiningen mediatisiert und unter den Großherzogtümern Hessen-Darmstadt, Baden sowie dem Königreich Bayern aufgeteilt. Als sich Napoleon endgültig anschickte Mitteldeutschland nach seinen Vorstellungen und Interessen neu zu ordnen, halfen auch alle unterwürfigen Ehrerbietungen den Leiningern nicht. Ihr Fürstentum verschwand von der Landkarte.
 - zu M2: Der Jurist Anselm Feuerbach, ein bis heute bekannter Modernisierer des Strafrechts, billigt und begrüßt die Hegemonie Frankreichs. Feuerbach akzeptiert nicht nur die politisch-militärische, sondern auch die „geistige“ (Z. 11) Macht Frankreichs. Frankreichs Staatsverständnis deklariert Feuerbach demnach als Vorbild für die Rheinbundstaaten, dem es sich anzupassen und anzugleichen („assimilieren“, Z. 18) gilt. Nur so kann politische Stabilität im Binnenverhältnis zwischen den Staaten des Rheinbunds als auch zwischen diesen und dem französischen Protektor ermöglicht

werden. Die offenkundig eingeschränkte Souveränität des Königreichs Bayerns innerhalb des Rheinbunds dokumentiert dieses Schreiben eines führenden Gelehrten und bayerischen Beamten.

Ebenso wie zunächst die Leiniger Fürsten profitierten die Wittelsbacher Herrscher von ihrem Bündnis mit Napoleon. So konnte eine zeitweise Ausdehnung des bayerischen Territoriums bis ins heute italienische Trient und die Aufwertung des Kurfürstentums zum Königreich Bayern erreicht werden. Feuerbach selbst wurde mit dem Auftrag betraut, den Code Napoleon in ein bayerisches Gesetzbuch umzuarbeiten, womit er die Assimilation an Frankreich maßgeblich vorantreiben konnte.

- zu M6: In dem Aufruf „An mein Volk“ appelliert der preußische König Friedrich Wilhelm III. an die Kampf- und Widerstandsbereitschaft seiner Untertanen, um die napoleonische Hegemonie mit Waffengewalt zu brechen. Erblicken die Leiniger Fürsten in Napoleon einen möglichen Friedensspender, sieht Feuerbach im napoleonischen System einen Hort der Ruhe und Stabilität, so färbt Friedrich Wilhelm Frankreich in dunkelsten Farben. Territoriale Zerstückelung, wirtschaftlicher und kultureller Niedergang Preußens, Verluste der Ehre und der Unabhängigkeit sind seine Hauptvorwürfe.

Der Hintergrund für die veränderte Diktion liegt in der Verschiebung der politischen Machtverhältnisse. Während die beiden ersten Quellen auf dem Höhepunkt der Macht Napoleons verfasst wurden, als das eigene politische Überleben vom Wohlwollen des französischen Kaisers abhing, ist die Herrschaft Napoleons nach dem russischen Desaster erschüttert, ist eine antifranzösische Koalition geschmiedet und scheint die Gelegenheit gegeben, die französische Vorherrschaft abschütteln zu können.

b) Karikatur zur Gründung der Rheinbundstaaten (M12)

Die Karikatur zeigt Napoleon als Hegemon Mitteleuropas, der in der Lage ist, politische Souveränitäten zu schaffen und zu vernichten. Der Ofen bringt neue politische Herrschaften zum Vorschein, wie z. B. die Königreiche Bayern und Württemberg oder das Erzherzogtum Baden. Befeuert wird der Ofen mit Kanonenkugeln, die zu Napoleons Füßen liegen. Zerbrochene, da von der Landkarte getilgte Staaten und Gebilde liegen im Schutt und landen auf dem „Müllhaufen der Geschichte“. Auf der linken Seite stehen in einem Korb Napoleons Familienmitglieder als „Kinglys“ bereit, während auf einer Kommode rechts im Bild Fürsten auf Vorrat gebacken wurden.

Im Hintergrund arbeitet der französische Außenminister Talleyrand an neuen politischen Gebilden für Mittel- und Osteuropa. Aus der großen Menge Teig stechen die Namen Ungarn, Polen, Hannover und Türkei hervor. Am rechten Rand versucht der preußische Adler, sich Teile Hannovers einzuverleiben.

Historischer Kontext: Hintergrund ist die Situation 1805/06, als nach der österreichischen Niederlage bei der Schlacht von Austerlitz und dem Frieden von Preßburg, der Rheinbund gegründet wurde und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zerbrach. Napoleon schuf durch die Neuordnung Deutschlands eine Reihe von Satellitenstaaten. Das seit 1648 geltende europäische System der Kabinettkriege und Friedenskongresse legte Napoleon in selbstherrlicher Weise ad acta.

Die Karikatur weist durch Talleyrands Arbeit im Hintergrund auch in die Zukunft. Der Karikaturist erwartet, dass die Ambi-

tionen des Korsen noch nicht befriedigt sind und Europa sich noch auf weitere kriegerische Auseinandersetzungen einstellen muss.

c) Nationalliberale Gedanken im Gedicht Körners (M4)

Körner ist ein typischer Vertreter des neuen Nationalismus, der sich unter anderem als Widerstandsideologie gegen die französische Fremdherrschaft entwickelte. Körner operiert dabei auf zwei Ebenen, einerseits fungiert der Nationalismus als Integrationsklammer und soll das Volk unter dem gemeinsamen Ziel der nationalen Freiheit zusammenführen. Neben diesem In-group-Mechanismus kommen xenophobe Tendenzen klar zum Vorschein, indem die Franzosen als mit allen Mitteln zu bekämpfende Out-group identifiziert werden. Während das eigene Volk („treue Herz“, Z. 7), die eigenen Ziele („Freiheit“, Z. 8) und Mittel („Kreuzzug“ Z. 11, „Opferbereitschaft“ 14 ff.) überhöht werden, werden Napoleon und die Franzosen als „Tyrannen“ (Z. 13), „Räuber“, „Vergewaltiger“, „Meuchelmörder“ (Z. 16 ff.) dämonisiert. Das klassische Vorgehen nationalistischer Bewegungen kommt zum Tragen: Nationale Identitätsstiftung durch Integration und Opferbereitschaft sowie durch schroffe Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen.

Das blutrünstige Gedicht Körners bedient sich dabei offenkundig nationalliberalen Gedankenguts. Die nationale Einheit des Volks wird beschworen, während der Führungsanspruch der eigenen Fürsten negiert wird („Es ist kein Krieg, von dem die Kronen wissen“, Z. 10). Die politische Losung „Freiheit“ als Signum jeder liberalen Bewegung wird mehrmals aufgegriffen („Der Freiheit eine Gasse“, Z. 8; „Freiheitsfahne“, Z. 23), ohne dass eine genauere Definition des Freiheitsbegriffs erfolgt. Bei Körner überwiegt noch die passive Freiheitsdefinition als Freiheit *von* französischer Fremdherrschaft. Ein positiver Freiheitsbegriff als Freiheit *zu* politischer und individueller Selbstbestimmung leistet Körner unter den Bedingungen des Abwehrkampfes gegenüber der napoleonischen Hegemonie nicht.

d) Deutsch-nationale Symbole im Gemälde Kerstings 1815 (M5)

Der Maler Kersting trat 1813 dem Lützowschen Freikorps bei. Er widmete das vorliegende Gemälde den gefallenen Kameraden Heinrich Hartmann (vorne links), Theodor Körner (Mitte) und Friedrich Friesen (rechts stehend). Als offenkundigstes Symbol des Nationalismus dient der Eichenwald, in dem das Bildarrangement angeordnet wurde. Die Eiche galt als Baum der Deutschen; schon die Germanen haben rituelle Stätten in Eichenhainen angelegt.

Die Farben der Uniformen, welche die drei Jäger tragen, erhielten dagegen erst nach 1815 einen hohen nationalen Symbolwert, als sich daraus die Schwarz-Rot-Goldene Fahne der nationalliberalen Bewegung entwickeln sollte. Überlebende der Freikorps trugen auch nach 1815 ihre Uniformen als Ehrenabzeichen beim Studium in Jena weiterhin. Sowohl bei Gründung der gesamtdeutschen Urburschenschaft 1815 in Jena als auch beim Wartburgfest 1817 kamen diese Farben zum Tragen.

e) Struktur des Deutschen Bundes im Rahmen der Neuordnung Europas 1814/15 (M7–M10)

Der Deutsche Bund wurde auf dem Wiener Kongress als lockere Staatenföderation gegründet, was den Interessen der europäischen Staaten und denen der innerdeutschen Mitglieder des Bundes entsprach. Die Befriedung Mitteleuropas durch ein

schwaches, dezentrales Gebilde entschärfte ein potenzielles Krisengebiet im Herzen des Kontinents. Auch erwuchs den Großmächten kein mächtiger Konkurrent in Form eines geeinten deutschen Nationalstaats.

Weiterhin blieb die Souveränität und Integrität (v. a. des Vielvölkerstaates Österreich) gewahrt, denn entgegen aller Bekenntnisse zur Restauration garantierten alle Signaturmächte des Wiener Kongresses die territorialen Säkularisierungs- und Mediatisierungsgewinne der deutschen Staaten.

Der Deutsche Bund war in erster Linie ein Defensivbündnis, welches ein französisches und russisches Ausgreifen ins europäische Zentrum verhindern half. Somit leistete der Deutsche Bund einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung und Aufrechterhaltung des europäischen Mächtegleichgewichts.

35 Einzelstaaten und vier Stadtstaaten bildeten den Deutschen Bund. Ihre innere Heterogenität auf allen Gebieten staatlicher Existenz (Größe, Wirtschaftskraft, Konstitution etc.) war enorm. Die Bundesversammlung tagte unter dem Vorsitz Österreichs in Frankfurt. Politische Wirkungskraft entfaltete der Deutsche Bund nicht, da ihm allein schon die institutionellen Rahmenbedingungen wie eine Exekutive oder eine „Letztentscheidungsinstanz“ (Wehler) in Form eines obersten Bundesgerichts fehlte.

Obwohl im berühmten Artikel 13 der Bundesakte in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung garantiert wurde, entwickelte sich im Bund eine verfassungsmäßige Dreiteilung in Staaten mit „moderner“ Verfassung, mit „altständischer“ Verfassung und verfassungslosen Staaten (M9). Zu den letzteren zählten die dominierenden Staaten Preußen und Österreich.

Lange Zeit wurde der Deutsche Bund als Instrument zur Durchsetzung des „Systems Metternich“ und damit als Hort innenpolitischer Illiberalität wahrgenommen. Dies verdeutlicht die Wiener Schlussakte von 1820, in der das monarchische Prinzip bekräftigt und die Meinungsfreiheit beschnitten wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Hauptaufgaben des Deutschen Bundes darin lagen, Mitteleuropa sicher-

heitspolitisch zu befrieden und nationalliberale Kräfte im Innern zu neutralisieren.

Die einzigen Freiheitsrechte, welche die Bundesakte garantierte, beinhalteten nach Art. 18 BDA die freie Wahl des Wohnsitzes und die Freizügigkeit beim Grunderwerb innerhalb des Bundes.

f) Steins Haltung zur Bundesakte (M11)

Von Stein steht dem Deutschen Bund kritisch gegenüber. Er begründet seine Ablehnung damit, dass:

- die Bundesakte einen Verrat an den Idealen bedeute, da sie in keinerlei adäquatem Verhältnis zu den Anstrengungen, Zielen und Opfern der Deutschen in den Koalitionskriegen stehe.
- an die Stelle eines institutionell strukturierten alten Reichs eine lose, dezentral organisierte Föderation von souveränen Staaten mit dem einzigen Zweck der Verteidigung gestellt wurde.
- mit wenigen Ausnahmen keine individuellen Freiheitsrechte in Form eines Menschenrechtskatalogs nach französischem oder amerikanischem Vorbild verbürgt worden sind.
- im Rahmen europäischer Kriege und außerdeutschen Bündnisverpflichtungen der Bundesstaaten die Möglichkeit des „Bruderkriegs“ bestehe.
- der Bund kein Reform- und Modernisierungspotenzial besäße, da in allen wichtigen Fragen das Einstimmigkeitsprinzip gelte.

Ein wenig Hoffnung auf eine nationalliberale Modernisierung Deutschlands schöpft von Stein allerdings dennoch. Er setzt auf die liberale Öffentlichkeit und die positiven Vorbilder landständischer Verfassungen, die bereits eingeführt sind oder bald eingeführt werden. Hier hofft er vor allem auf Preußen.

In beiden Fällen wurden von Steins Hoffnungen enttäuscht. Die Karlsbader Beschlüsse erstickten die freie politische Betätigung im Bund und das königliche Verfassungsversprechen in Preußen blieb bis zur oktroyierten Verfassung von 1848 ungelöst.

Methodenseite: Textquellen interpretieren (S. 24/25)

Erwartungshorizonte zu den Arbeitsvorschlägen (S. 25)

1. Arbeitsschritte zur Interpretation von Textquellen

I. Analyse:	
<i>Erschließung des Themas sowie der formalen Aspekte</i>	
1. Textart	Instruktion (Unterweisung) in Briefform.
2. Verfasser	Fürst von Metternich, seit 1809 österreichischer Staatskanzler, führender Staatsmann in Wien und Spiritus Rector der Karlsbader Beschlüsse.
3. Thema	Bedrohung der Wiener Ordnung von 1815 durch revolutionäre Bewegungen in Europa.
4. Historischer Kontext	Nach der Gründung des Deutschen Bundes organisierten sich an deutschen Universitäten Burschenschaften als Träger des Protests gegen die verwehrte Nationalstaatsbildung. Jegliche Opposition gegen die Wiener Ordnung von 1815 versuchte Metternich durch eine repressive Innenpolitik zu unterdrücken, die ihren Ausdruck in den „Karlsbadern Beschlüssen“ fand (Zensur, Verfolgung, Unterdrückung der Meinungs-, und Pressefreiheit, Einschränkung der Lehr- und Forschungsfreiheit an den Universitäten). In Griechenland tobte 1826 der Unabhängigkeitskampf gegen die osmanische Herrschaft, den das deutsche Publikum mit viel Sympathie begegnete. Auch die Unterstützung der Griechen durch die Engländer („Philhellenismus“) bewertete Metternich als Verstoß gegen das Prinzip der Legitimität.
5. Adressat	Baron von Binder, österreichischer Gesandter in der Schweiz.

1 Nationalstaatsgedanke und Nationalismus in Europa

Erschließung des Themas und der verwendeten Darstellungsmittel	
1. Zentrale Inhalte und Argumente	Ziele Metternichs („Unserer Regierung“, Z. 1): Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung, Ruhe, Stabilität, Frieden. Mittel Metternichs: Unterdrückung des Übels als Vorbedingung der Zielwahrung/ -erreichung. Bedrohung: Erstarkende revolutionäre Umtriebe im Geiste der Frz. Revolution bedrohen die monarchische Wiener Ordnung. Revolutionäre wirken im Untergrund, formieren sich neu, knüpfen Netzwerke und wollen Jugend verführen.
2. Schlüsselbegriffe	„Gesetzliche Ordnung“ (Z. 4), „Frieden“ (Z. 7), „Zustand der Ruhe“ (Z. 5 f.), „Unterdrückung“ (Z. 11), „bestehendes Übel“ (Z. 12), „revolutionärer Geist“ (Z. 20), „Umsturz der Altäre und Throne“ (Z. 27 f.), „Unglauben und Freigeisterei“ (Z. 35), „irregeleitete Jugend“ (Z. 36).
3. Art der Sprache	Polemische Dramatisierung und Dämonisierung des politischen Gegners, dessen Absichten Antithesen zu den eigenen politischen Zielen bilden: „revolutionärer Geist“ (Z. 20), „Umsturz“ (Z. 27) als Antithese zu „Gesetzliche Ordnung“ (Z. 4), „Frieden“ und „Ruhe“ (Z. 6 f.).
II. Erläuterung	
Deutung der Aussage im historischen Kontext	
1. Bedeutung der Sprache	Metternich bewertet die Liberalen als politische Fanatiker („gottlose Sekte“, Z. 27), um ihre Gefährlichkeit zu betonen („Waffen in die Hand zu drücken“, Z. 37) und die staatlichen Institutionen in permanenter Alarmbereitschaft zu halten („lichtscheues Treiben“, Z. 26).
2. Funktion des Textes	Gesandter soll offizielle, österreichische Politik in der Schweiz vertreten und dort vor dem Gefährdungspotenzial der liberalen Bewegungen warnen.
3. Intention	Eigene Politik skizzieren und legitimieren; Gefährlichkeit der Liberalen betonen.
4. Vergleich/ 5. Entstehungszeit	Geist der Karlsbader Beschlüsse von 1819 und der Wiener Schlussakte von 1820 lassen sich in diesem Schreiben wiederfinden.
III. Beurteilung	
Abgabe eines persönlichen Werturteils	
1. Historische Authentizität	Die Quelle ist historisch authentisch, der Verfasser kommentiert und begründet politische Prozesse, an denen er federführend beteiligt war. Die Quelle besitzt darüber hinaus Repräsentationsauthentizität, da sie stellvertretend die fürstliche Perspektive in ihrer reaktionären Ausprägung auf die liberale Bewegung abbildet.
2. Glaubwürdigkeit	Metternichs besonderes politisches Engagement zur Unterdrückung liberalen Gedankenguts lassen keinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit aufkommen.
3. Angemessene Wiedergabe hist. Sachverhalte	Metternich übertreibt die Gefährlichkeit der liberalen Bewegung im agrarisch geprägten Deutschen Bund, da sich noch keine breite bürgerliche Trägerschicht mit revolutionärem Gedankengut entwickelt hatte. Seine Einschätzung über die reaktionäre Kehrtwende einiger, zunächst zögernder Staaten ist zutreffend. Hier hat er wahrscheinlich Preußen im Blick, welches bis zum Tode Hardenbergs 1822 ein potenzieller Kandidat zur Einführung einer konstitutionellen Monarchie war.
4. Begründetes Werturteil	Metternich vertritt die Machtinteressen einer Aristokraten-schicht, die ihre politische Entscheidungshoheit mit breiteren Volksschichten nicht zu teilen vermag. Dabei setzt er seine Interessen auch gegen eine liberale Öffentlichkeit durch und versteht es wankelmütige Vertreter unter den Fürsten auf seine Seite zu ziehen. In der vorliegenden Quelle basiert Metternichs Argumentation auf einem Schwarz-Weiß-Schema. Er unterscheidet nur zwischen der eigenen moralisch hochwertigen, da friedvollen und Ordnung stiftenden Politik und der virulenten Gefährdung durch das entsittlichte, gottlose, verbrecherische usw. Bestreben der liberalen Bewegung. Die Kompromisslosigkeit Metternichs mündet in der schlichten Alternative: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“.

2. Kritische Abhandlung

Einige mögliche Kernpunkte einer kritischen Argumentation könnten folgende Aspekte aufgreifen:

- Die kritische Abhandlung könnte auf das vielfach, insbesondere von Österreich selbst nicht eingehaltene Verfassungsversprechen des Artikels 13 der Deutschen Bundesakte eingehen.
- Auch könnte der Verfassungsbruch thematisiert werden, den die Verhandlungen in Karlsbad wegen ihrer Verletzung des Artikels 4 der Deutschen Bundesakte allein schon darstellten.
- Metternichs Ablehnung einer breiteren politischen Volksbeteiligung könnte hinterfragt werden.
- Der Vorwurf des „lichtscheuen Treibens“ der liberalen Bewegung könnte als zynischer Kommentar demaskiert werden,

da das repressive „System Metternich“ jegliche Oppositionsarbeit durch verhängte Kerkerhaft und erteiltes Berufs- und Ausbildungsverbot in den Untergrund drängte.

- Metternichs intransigente Auffassung von der Richtigkeit seines Handelns könnte als blanke Interessenpolitik zu Lasten eines erfolgsversprechenderen, pluralistischen Modells bewertet werden.
- Es könnte auch in politischer und ökonomischer Hinsicht ein Vergleich zwischen Österreich und dem offeneren Staatsverständnis Englands oder der USA angestellt werden.

3. Brief an Metternich aus der Perspektive eines Vertreters der „irregeleiteten Jugend“

Sachargumente aus der Aufgabe 2 können einer Perspektivenübernahme dienen, in der die Rolle eines jungen Vertreters

der liberalen Bewegung übernommen wird. Die Enttäuschung über die scheinbar unnützen Opfer der Studenten und Bürger aus den Koalitionskriegen sollten zum Ausdruck gebracht werden. Tenor könnte sein, die Vertreibung der Franzosen habe nur dazu geführt, die fremde Unterdrückung gegen die Repression der eigenen Fürsten einzutauschen. Eigene Ziele in Form eines konstitutionellen Nationalstaates dagegen seien nicht umgesetzt worden.

1.2 Nationalliberale Bewegung und restaurative Politik 1815 – 1832 (S. 26 – 36)

Thematische Einführung

In diesem Unterkapitel sollen sich die Schülerinnen und Schüler anhand eines vielfältigen Quellenmaterials die Kerngedanken und Hauptforderungen der nationalen und liberalen Bewegung erschließen. In der Auseinandersetzung mit den Karlsbader Beschlüssen erkennen die Lernenden den Repressionscharakter des „Systems Metternich“ und analysieren, mit welchen Risiken es verbunden war, für heute alltägliche und oft nicht wahrgenommene Rechte im öffentlichen Raum einzustehen. In Verbindung mit der Unterdrückung der polnischen Freiheitsbewegung erwerben die Schülerinnen und Schüler eine Orientierungskompetenz, welche die historische Bedingtheit des eigenen politischen Erfahrungsraums vermittelt. Dadurch findet eine Sensibilisierung für den tieferen Grund der Beschäftigung mit historischen Fragestellungen statt, die als sinnstiftende Betätigung zu verstehen ist, um die eigene, in einem liberalen Nationalstaat politisch organisierte Lebenswirklichkeit erklären zu können.

Die nationalliberale Bewegung formierte sich nach dem Wiener Kongress vor allem im universitären Raum (Burschenschaften). Dabei gehörte das Postulat nach Nationalstaatlichkeit verfasst in einem Rechtsstaat mit Verfassung, Gewaltenteilung und verbrieften Grund- und Menschenrechten zu den Kernpunkten der nationalliberalen Strömung. Die deutsche Nation wurde als Kulturnation definiert, das heißt, als eine Gemeinschaft von Menschen, deren Band sich durch gemeinsame

Sprache, Tradition, Geschichte und Kultur ergab. Dieser kulturnationale Ansatz findet sich typischerweise in sogenannten „verspäteten Nationen“ (z. B. Deutschland, Italien), da die Kulturnation dem Nationalstaat gedanklich als vorgelagert gilt und auch ohne feste staatliche Grenzen existieren kann.

Die Antwort der Regierenden auf die nationalliberalen Aktivitäten ließ nicht lange auf sich warten. Das tödliche Attentat auf den Schriftsteller Kotzebue wurde von Metternich zum Anlass genommen, um 1819 mit den antiparlamentarischen Karlsbader Beschlüssen das monarchische Prinzip und den politischen Primat der Fürsten für weitere, bleierne Jahre und Jahrzehnte zu sichern. Die Karlsbader Beschlüsse wurden von der Bundesversammlung in vier Gesetze gegossen, die in den deutschen Staaten ein System der Zensur und Überwachung etablierten. Nach der tief sitzenden Enttäuschung über die Beschlüsse des Wiener Kongresses erlebte die nationalliberale Bewegung in den 1820er-Jahren die volle Wucht des fürstlichen Unterdrückungsapparates. Das politische Leben wurde abgeschnürt, Apathie machte sich breit und viele Bürgerliche zogen sich ins Privatleben zurück.

Metternichs engster Berater Friedrich von Gentz sah in den Karlsbader Beschlüssen „einen Akt der Konterrevolution“ und konzidierte Metternich, dass dieser den „glänzendsten Moment in seiner Laufbahn“ erlebt habe. Diese zweite Phase des Deutschen Bundes, die Phase der Unterdrückung nach Karlsbad, ging daher auch folgerichtig als „System Metternich“ in die Geschichte ein.

Eine weitere Zäsur stellte die Französische Revolution von 1830 dar. Sie ließ das Pendel auch in Deutschland wieder in Richtung liberaler Modernisierung schlagen. Als Fanal einer neuerlichen politischen Trendwende galt das 1832 abgehaltene Hambacher Fest. Seine besondere Bedeutung gewann das Fest auch durch die Tatsache, dass sich die Liberalen erstmals in großer Zahl (30000 Teilnehmer) weiteren Schichten (Handwerker, Gesellen, Frauen) öffnen konnten.

Einen außerdeutschen Fokus richtet dieses Unterkapitel abschließend auf den erfolglosen polnischen Unabhängigkeitskampf. Obwohl sich die polnischen Freiheitskämpfer in ganz Europa der Sympathie der liberalen Bewegungen erfreuten, schlug Russland die polnische Insurrektion mit brutaler Waffengewalt nieder.

Erwartungshorizonte zu den Arbeitsvorschlägen (S. 31)

a) Ursachen, Merkmale, Träger und Forderungen der nationalen und liberalen Bewegung

Nationalliberale Bewegung	
Ursachen	<ul style="list-style-type: none"> - Formierung einer bürgerlichen Trägerschicht mit ausgeprägtem Leistungsethos - Auflösungserscheinungen bisheriger ständerechtlicher Sozialdifferenzierung - Rezeption liberaler Ideen der Aufklärung (Rousseau, Locke, Herder etc.) - Vorbild der französischen und amerikanischen Revolutionen (Bildung einer Staatsnation, Konstitution, Grund- und Menschenrechte) - Erfahrung der Unterlegenheit und des Modernisierungsbedarfs der bisherigen politischen, ökonomischen und sozialen Ordnung gegenüber Frankreich - Reformen in vielen Rheinbundstaaten und in Preußen - nationale Integrationserfahrungen im Kampf gegen napoleonische Fremdherrschaft - Nationalismus als Quelle neuer kollektiver Identität im Zeitalter der Zerstörung alter Gewissheiten (z. B. Säkularisierungs- und Mediatisierungsprozesse) - Enttäuschungen über Beschlüsse des Wiener Kongresses
Träger	<ul style="list-style-type: none"> - liberale Ideen: städtisches Wirtschafts- und Bildungsbürgertum (Kaufleute, Juristen, Beamte, Lehrer, Journalisten, Pfarrer) - nationale Gedanken: v.a. universitäres Umfeld (Studenten, Professoren, Turner, Burschenschaften) - im Verlauf der Restaurationsepoche und des Vormärz erschloss sich die nationalliberale Idee neue Schichten: Handwerker, Kleinhändler, Dienstboten, Teile der Bauernschaft und Tagelöhner

Merkmale	<ul style="list-style-type: none"> - innenpolitische Modernisierungsbewegung - Organisation in Vereinen (z. B. Turnvereine) und Burschenschaften - Zusammenkunft auf Vereinstreffen, Festen (Wartburg, Hambach), Banketten etc. - Artikulation der Forderungen in Zeitungen, Flugschriften (z. B. Hessischer Landbote), Pamphleten, Volksliedern (z. B. „Die Gedanken sind frei“, „Was ist des Deutschen Vaterland“), Lyrik (z. B. Körner, Arndt, Heine, v. Fallersleben), Literatur allgemein („Junges Deutschland“)
Forderungen	<ul style="list-style-type: none"> - deutscher Nationalstaat zur Überwindung der politischen Viel- und Kleinstaaterei - konstitutionelle Monarchie mit Verfassung - bürgerliche Gleichheitsrechte (Gleichheit vor dem Gesetz) - allgemeine und verbriefte Menschen- und Grundrechte als Schutzrechte des Individuums vor dem Eingriff des Staates (Freiheit der Person, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, Recht auf Eigentum) - Gewaltenteilung - freie Wahlen („Zensuswahlrecht“), - Majoritätsprinzip mit Minderheitenschutz

b) Verständnis von Liberalismus, Nation, Nationalismus (M1–M4)

Ernst Moritz Arndt: „Über Volkshass und über den Gebrauch einer fremden Sprache“ (M1)

- **Nationalismus:** Arndt gilt als Wegbereiter des deutschen Nationalismus. Zwei konstitutive Elemente der nationalistischen Weltanschauung werden in seiner Schrift von 1813 deutlich. Die Auf- und Überwertung der eigenen Nation zur Konstruktion einer kollektiven Identität bei gleichzeitiger Abwertung anderer „Nationen“. Nach Arndt nimmt die Nation der Deutschen einen besonderen Platz innerhalb der Völker Europas ein: Die Deutschen sind „Mittelpunkt der neuen Geschichte und der Kirche und des Christentums“ (Z. 3 ff.) sowie „der große geistige Spiegel der Welt“ (Z. 18 f.).
- Eine ebenso wichtige Rolle für die Konstruktion einer Nation und die Stiftung einer kollektiven Identität spielt neben der Modulation von Gemeinsamkeiten auch die Betonung nationaler Antagonismen. Obwohl das Deutsche eine besonders hervorgehobene Position einnimmt, besteht für Arndt doch eine permanente Bedrohungslage von „Völkerflut und Geistesflut“ (Z. 11) endgültig „weggespült und weg-gewaschen“ (6 f.) zu werden.
- **Nation:** Die deutsche Nation definiert Arndt als Kulturnation im Herzen Europas. Sie stellt nach Arndt eine bedrohte Gruppe mit einer gemeinsamen, besonders bedeutenden Geschichte und Kultur dar.
- **liberales Staatsverständnis:** Aussagen über die konkrete staatliche Ausgestaltung, insbesondere in liberaler Hinsicht, tätigt Arndt nicht. Dennoch besitzt das Postulat nach Wahrung des Deutschtums als gemeinsames Merkmal und gemeinsame Aufgabe aller Deutschen einen egalitären Ansatz.
- **Vergleich zum heutigen Verständnis:** Die heutige Staatsraison Deutschlands pflegt keine nationalen Antagonismen mehr. Die deutsche Außenpolitik bemüht sich um ein friedliches Auskommen mit allen Staaten der Welt, was den Grundsätzen internationalen Völkerrechts entspricht. Dennoch besteht vor dem Hintergrund von Globalisierung, Migration und demografischem Wandel in Teilen der Bevölkerung eine diffuse, durchaus mit den Gedanken Arndts zu vergleichende, Angst vor Überfremdung.

Grundsätze und Beschlüsse der Deutschen Burschenschaften von 1817 (M2)

- **Nationalismus:** Auch die Burschenschaften beschwören die Gefahr eines „Verschwindens“ (Z. 6) der deutschen Nation. Im kollektiven Abwehrkampf müssen alle deutschen „Männer und Jünglinge“ (Z. 4) für das Vaterland eintreten. Verbreitung und Wahrung deutscher Identität soll durch

Regung und Verbreitung der Sehnsucht nach nationaler Einigung unter kaiserlicher Regenschaft erreicht werden.

- **Nation:** Die Nation wird als homogene Gruppe, als ein „Körper“ (Z. 10 f.), der Deutschen konstruiert, deren territoriale, politische und konfessionelle Heterogenität nicht gegeben ist. Diese Zersplitterung wird vielmehr von anonymen feindlichen Kräften künstlich herbeigeredet.
- **liberales Staatsverständnis:** Der Wunsch nach einem Kaiser entspricht der zeitgenössisch typischen liberalen Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie. Der Aufruf an alle deutschen Männer für die „deutsche Sache“ einzustehen besitzt ebenso wie bei Arndt ein egalitäres Momentum.
- **Vergleich zum heutigen Verständnis:** Das Spannungsverhältnis zwischen Heterogenität und Homogenität besteht in Deutschland auch im 21. Jahrhundert. Zwar gilt der Pluralismus als ein Grundprinzip der politischen Verfasstheit der Bundesrepublik. Dennoch werden vor allem in konservativen Kreisen immer wieder Begriffe wie „deutsches Leitbild“ oder „deutsche Schicksalsgemeinschaft“ bemüht, um pluralistischen Tendenzen eines Multikulturalismus entgegenzuwirken.

Paul Achatius Pfizer über den Liberalismus (M3)

- **Nationalismus:** keine Angaben
- **Nation:** Keine konkreten Angaben. Pfizer besitzt ein Verständnis des Nationenbegriffs, der auf Entwicklung und Fortschritt in Richtung eines demokratischen Nationalstaats ausgerichtet ist.
- **liberales Staatsverständnis:** Pfizer definiert wesentliche Merkmale eines liberalen Staatsverständnisses. Der Liberalismus beruht auf den Prinzipien der Aufklärung, was den rational denkenden und agierenden Menschen impliziert. Demnach fordert Pfizer Aufklärung durch Volksbildung.

Im Zentrum des Gedankengebäudes Pfizers stehen die Begriffe Freiheit und Gleichheit. Gleichheit wird allerdings als „passive“ (Z. 25) Gleichheit vor dem Gesetz verstanden. Ein materieller, egalitärer Gleichheitsansatz wird explizit verworfen. Ökonomische Ungleichheit, insbesondere das Recht auf Eigentum, gilt dem Autor als Garant zur Umsetzung des Freiheitsbegriffs.

Das Endziel einer liberalen staatlichen Entwicklung stellt die demokratische Selbstregierung dar. Darunter versteht Pfizer in einer Verfassung verbriefte Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung.

Entscheidungsprozesse sollen durch das Mehrheitsprinzip („Majorität“, Z. 46 f.) herbeigeführt werden, wobei der Minderheitenschutz in Form des Gleichheitsgrundsatzes ein besonderes Anliegen Pfizers darstellt.

- *Vergleich zum heutigen Verständnis*: Pfizer beschreibt ein liberales Staatsverständnis, wie es heute in weiten Teilen im Grundgesetz verwirklicht worden ist. Unterschiede bestehen in den Auffassungen über die ökonomische Ungleichheit. In der Bundesrepublik bestehen auch materielle Unterschiede, allerdings verpflichtet sich das Grundgesetz durch das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 GG) zu einem Abbau besonders ausgeprägter Formen sozialer Ungleichheit sowie der Existenzsicherung aller Bürger.

Hoffmann von Fallersleben: Das Lied der Deutschen (M4)

- *Nationalismus*: Im „Lied der Deutschen“ findet sich kein aggressiver Nationalismus, der das eigene Volk überhöht und andere Ethnien abwertet. Die missverständlichen Verse „Deutschland, Deutschland über alles, Über alles in der Welt“ (Z. 1 f.) besitzen keinen komparativen Charakter. Sie stellen ein nach innen gerichtetes politisches Programm mit der nationalen Einigung als vorrangigem politischem Ziel dar. Trotz fließender Übergänge zwischen Nationalismus und Patriotismus kann von Fallerslebens Hymne als patriotische Glorifizierung eines konstruierten deutschen Nationalcharakters aufgefasst werden.
- *Nation*: Die Nation wird als Kultur- und Sprachnation definiert, die über besondere Vorzüge verfügt („Frauen“, „Treue“, „Wein“, „Sang“, Z. 9 f.). Eine geografische Eingrenzung des Deutschtums findet in der ersten Strophe statt. „Maas“, „Memel“, „Etsch“ und „Belt“ (Z. 5 f.) definieren einen Raum, der auch mehr oder minder mit der damaligen Verbreitung der deutschen Sprache einhergeht.
- *liberales Staatsverständnis*: In unnachahmlicher Weise gelingt es von Fallersleben mit den Zeilen „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!“ (Z. 17 f.), das nationalliberale Programm in wenige Begriffe zu konzentrieren.
- *Vergleich zum heutigen Verständnis*: Von Fallerslebens Patriotismus und Nationalverständnis, die territoriale Eingrenzung Deutschlands und die besungenen Eigenschaften der Deutschen erscheinen heutzutage antiquiert. Ebenso führte der nationalsozialistische Missbrauch des Deutschlandliedes dazu, dass nur noch die dritte Strophe als offizielle Hymne der Bundesrepublik gesungen wird.

c) Wirkung der Karlsbader Beschlüsse (M5)

- *Inhalt der Karlsbader Beschlüsse*: Die Karlsbader Beschlüsse legten 1819 auf Betreiben Metternichs eine Gesetzesinitiative für die Bundesversammlung in Frankfurt am Main vor. Dort wurden dann vier Gesetzespakete verabschiedet. Das Ziel der fürstlichen Reaktion lag in der Beschränkung der Meinungs-, der Presse-, der Vereins-, der Berufs- und der Lehrfreiheit. Zur Umsetzung dieser repressiven Maßnahmen wurden Universitäten überwacht, die Zensur eingeführt, Berufs- und Studierverbote für liberale Professoren und Studenten verhängt, die Burschenschaften verboten und Turnplätze gesperrt.
- *Intention der Karlsbader Beschlüsse*: Mit diesem Vorgehen sollte die liberale Opposition gegen die Fürstenherrschaft aus dem öffentlichen Raum verbannt und die Autorität der bestehenden Herrschaftsverhältnisse gesichert werden. Schon bei den Beratungen in Karlsbad hatten sich kritische Stimmen vernehmen lassen, was in der Folge auch zu einer unterschiedlich restriktiven Handhabung der Karlsbader Beschlüsse führte. Bayern und Württemberg setzten die Karlsbader Beschlüsse im Vergleich zu Österreich und Preußen

weniger konsequent um. Metternich verfolgte aber mit dem schnellen Vorpreschen in Karlsbad auch das Ziel, die Reformparteien in den einzelnen Bundesstaaten, vor allem die Hardenbergsche Verfassungspolitik in Preußen, zu schwächen.

- *Wirkung auf die nationalliberale Bewegung*: Die Umsetzung der Karlsbader Beschlüsse hemmte zunächst das Aktivitätspotenzial der nationalliberalen Bewegung in den deutschen Bundesstaaten. Die wenigen Hoffnungen, die mit dem Deutschen Bund verbunden waren, blieben enttäuscht. Das politische Leben wurde gehemmt, die Entwicklung des deutschen Parteienwesens verzögerte sich im westeuropäischen Vergleich um Jahrzehnte. Ohne die Karlsbader Beschlüsse ist auch die Biedermeierzeit nicht denkbar: Ein Großteil des bürgerlichen Lebens verlagerte sich in den 1820er-Jahren enttäuscht in den privaten Raum.

Im Bewusstsein der Zeitgenossen besaß die Pariser Juli-revolution von 1830 einen Zäsurcharakter. Allen Beteiligten wurde deutlich, dass die revolutionäre Sprengkraft politischer und sozialer Entwicklungen nicht dauerhaft zu unterdrücken war. Die liberale Bewegung nahm im Vormärz einen neuen Anlauf, der über die Wegmarke Hambacher Fest in die Revolution von 1848/49 mündete.

d) Nationalliberale Forderungen Siebenpfeiffers (M6)

Siebenpfeiffer fordert in seiner Verteidigungsrede 1834:

- die Einführung eines demokratischen Nationalstaats in Form eines repräsentativen, parlamentarischen Systems in republikanischer Ausprägung
- allgemeinverbindliche Grund- und Menschenrechte
- die Volkssouveränität
- das Selbstbestimmungsrecht der Völker
- Rechtsstaatlichkeit
- Pluralismus

e) Plakat der Landesregierung Rheinland-Pfalz zum Hambacher Fest 2007 (M8)

Das Werbeplakat der Landesregierung Rheinland-Pfalz von 2007 stellt eine Komposition dar. Im Hintergrund ist ein Aquarell mit den Ereignissen von 1832 zu sehen, im Vordergrund dagegen sind junge, ausgelassen feiernde Menschen aus dem 21. Jahrhundert abgebildet. Das Plakat wirbt einerseits für das Land Rheinland-Pfalz, andererseits erinnert es an den 175. Jahrestag des Hambacher Festes. Der Begleittext der Landesregierung hebt die Bedeutung des Hambacher Festes für die Entwicklung der liberalen Demokratie in Deutschland hervor, verschweigt aber auch nicht dessen Festcharakter. Zeitzeugen aus dem Jahre 1832, insbesondere Wirte aus dem Umfeld des Schlosses, betonten die Trinkfestigkeit der Festteilnehmer und die schnell aufgebrauchten Alkoholvorräte vor Ort.

Der internationale Charakter des Festes wird auf von Boehns (M7) Aquarell durch internationale Fahnen verdeutlicht, während die Menschengruppe im Vordergrund das „neue, bunte“ Deutschland mit Bürgern aus verschiedenen Kulturkreisen und unterschiedlicher ethnischer Herkunft repräsentiert.

Die Plakatform bietet natürlich auch Anlass zur Kritik. Es wird eine allzu fröhliche Grundstimmung abgebildet. Die Folgen für die Initiatoren des Hambacher Festes, allen voran Siebenpfeiffer und Wirth, waren strafrechtliche Verfolgung, Gefängnis und Emigration. Dies kommt nicht zur Sprache. Auch der Slogan „Kaum machen wir eine Party, wird gleich Demokratie draus“, kann als verkürzte und nicht zulässige Sicht auf die Demokratiegeschichte Deutschlands hinterfragt werden. Es

dauerte noch mehr als hundert Jahre bis sich wirklich belastbare demokratische Strukturen in weiten Teilen Deutschlands etablieren konnten. Und ob sich das Kunstgebilde „Rheinland-Pfalz“, eine Kreation der Nachkriegszeit, nonchalant („Wir“) in eine direkte Tradition zum Hambacher Fest stellen kann, bleibt diskutabel.

f) Metternichs Stellungnahme zum Hambacher Fest (M9)

Metternich sieht im Hambacher Fest eine öffentliche Manifestation der subversiven, liberalen Kräfte. Mit deren Forderungen nach Volksvertretung, Pressefreiheit und politischen Vereinen verbindet er den Siegeszug der Anarchie, den Untergang jeglicher Ordnung.

In besonderer Weise kritisiert er die Regierungen der Bundesstaaten, die er im Abwehrkampf gegen die liberale Bewegung nicht gut aufgestellt sieht. Seine harsche Kritik richtet sich vornehmlich gegen das Königreich Bayern, welches die Organisation und Durchführung des Hambacher Festes auf pfälzischem Territorium und damit bayerischem Hoheitsgebiet nicht unterband.

Unverhohlen droht er auch mit radikalen, gewaltbereiten Repressionen. Aus diesem Grund begrüßt er sogar das Hambacher Fest, weil sich hier der liberale Gegner offen zu erkennen gab. Metternich betreibt bloße Interessenpolitik, mit der er den Führungsanspruch für sich und seine Standesgenossen zu sichern versucht. Die Liebe zum Vaterland und die Sorge um geordnete Gesellschaftsstrukturen vorschubend verdeutlicht er, dass er bereit ist, die Fürstenherrschaft mit allen Mitteln zu verteidigen. Seine vorurteilsbeladene Argumentation trägt ausschließlich kompromisslose Züge.

g) Nationale Bewegung der Polen (M10–M12)

Das mehrmals geteilte Polen verschwand im ausgehenden 18. Jahrhundert als eigenständiger Staat von der Landkarte. Dennoch ging die polnische Identität, die sich in der polnischen Sprache, Kultur und vor allem der katholischen Religion manifestierte, nicht unter. Im polnischen Unabhängigkeitskampf von 1830/31, den russische Truppen blutig niederschlugen, ging dann auch der letzte Rest Autonomie verloren.

Das bürgerliche Europa dagegen besaß viele Sympathien für die aufbegehrenden Polen. In Deutschland gründeten sich vielerorts „Polenvereine“. In diesen übertrugen die Anhänger eines liberalen Nationalstaats ihre eigenen unterdrückten Ideen auf die Sache der Polen. Dieser psychologische Mechanismus lässt sich schon bei Heinrich Heines Reiseaufzeichnungen aus dem Jahr 1822 erkennen (M10). Heine sieht im polnischen Schicksal und dem Kampf der Polen „gegen den Untergang ihrer Nationalität“ (Z. 21) das spiegelbildliche Vorbild für die eigenen, im Zuge der Karlsbader Beschlüsse unterdrückten nationalliberalen Absichten. Das Wohlwollen des europäischen Publikums gegenüber der polnischen Nation illustriert auch das Gemälde des französischen Historienmalers Horace Vernet (M12), der die Polen als fortwährend leidenden und vom russischen Adler gepeinigten Prometheus darstellt.

Trotz aller Sympathien des westeuropäischen Bürgertums für die nationalpolnische Bewegung obsiegte die militärische Überlegenheit des Zaren. 50 000 Polen emigrierten, 80 000 Polen wurden nach Sibirien deportiert. Die Rede des russischen Zaren (M11) verdeutlicht die Gedanken einer fürstlich-reaktionären Staatsraison. Der russische Zar tritt als uneingeschränkter, absolutistischer Herrscher vor die polnischen Honoratioren und eröffnet ihnen, dass er sie als sein Eigentum betrachte.

1.3 „Einheit und Freiheit“ in der deutschen Revolution 1848/49 (S. 37–45)

Thematische Einführung

Dieses Unterkapitel legt seinen Schwerpunkt auf die revolutionären Ereignisse von 1848/49. Die Schülerinnen und Schüler sollen in die Lage versetzt werden, die unterschiedlichen Positionen, so wie sie Einfluss auf den revolutionären Gang der Ereignisse nahmen, analysieren zu können. Dabei öffnet sich für die Lernenden ein neuer Erfahrungshorizont, da sie die nationalliberale Bewegung nicht mehr wie in den beiden vorangegangenen Unterkapiteln nur als unterdrückte Oppositionsbewegung wahrnehmen. Vielmehr analysieren die Schülerinnen und Schüler anhand der Paulskirchenverfassung die Konkretisierung nationalliberaler Ideen in einem Verfassungswerk so, wie sie von der Mehrheit der Liberalen in einem institutionalisiertem Rahmen 1848/49 auf den Weg gebracht wurde. Darüber hinaus werden methodische Fertigkeiten im Umgang mit Verfassungsschaubildern, Gesetzestexten und Karikaturen inhaltlich vertieft.

Gleichzeitig fordert die Beschäftigung mit der Revolution von 1848/49 auch immer der Frage nachzugehen, welche Gründe für ihr Scheitern in welchem Maße eine Rolle gespielt haben. In diesem Zusammenhang erfahren die Lernenden, dass historische Ereignisse auch von „professionellen Gutachtern“ unterschiedlich bewertet werden, was die Bereitschaft, kompetente eigene historische Sach- und Werturteile zu fällen, erhöhen soll.

In weiten Teilen Europas kam es zu einem revolutionären Aufbegehren nationalliberaler Ideen. Zeitgenössische Einschätzungen wie „nationale Wiedergeburt“, „europäischer Völkerfrühling“ oder „das tolle Jahr 48“ betonen die nationale Stoßrichtung und den besonderen Charakter der revolutionären Ereignisse.

Von Frankreich ausgehend erreichte die revolutionäre Welle im Februar 1848 Süddeutschland und breitete sich dann über das Territorium des Deutschen Bundes aus. Die Revolution in Deutschland besaß sowohl eine nationalliberale als auch eine agrarische, teilweise auch schon industrielle Ausprägung. Dieser revolutionäre Doppelstrang sollte den nationalliberalen Forderungen schließlich zum Verhängnis werden. Denn als die Bauern ihre Forderungen befriedigt sahen, wandten sie sich vom nationalen Verfassungsprojekt ab und verweigerten der Paulskirche ihre aktive Unterstützung.

In der Paulskirche verwirklichten die liberalen Verfechter eines konstitutionellen Nationalstaates ihre Ideen auf dem Reißbrett. Die zukunftsweisende Paulskirchenverfassung wurde nach fast einjähriger Beratung verabschiedet, konnte aber mangels fehlender exekutiver Machtmittel nie durchgesetzt werden. Weder stützte sich die Paulskirche auf eine Massenbasis in der Bevölkerung noch auf die militärischen Machtmittel der Fürsten. Beide wurden aber benötigt, um den Fürsten im Deutschen Bund die eigenen politischen Ziele aufzuzwängen zu können. Als dem preußischen König im April 1849 die Kaiserkrone angedient wurde, war die Paulskirche machtpolitisch schon lange am Ende. Denn schon im Sommer 1848 hatten die Fürsten nach einer Phase der politischen Ohnmacht im Gefolge der Bauernunruhen und Barrikadenkämpfe des Frühjahrs wieder das Heft des Handelns in die Hand genommen. Die Auflösung der Landesparlamente und der Einsatz des Militärs in den beiden größten Teilstaaten des Bundes, Österreich

und Preußen, offenbarten die frühe Schwäche der liberalen Bewegung.

In Anbetracht der eigenen politischen Zielsetzungen war die 1848/49er Revolution gescheitert. Jedoch wirkte die Erinnerung an das „tolle Jahr 48“ nach, waren die Ideen, die in der Paulskirche vertreten wurden größer als die aktuelle politische Entwicklung. Die Ereignisse dieser Revolutionsjahre können als politischer Urknall angesehen werden, aus dem sich ein politischer Kosmos entwickelte, der noch heutzutage das politische Denken und Handeln in Deutschland allgegenwärtig mitbestimmt.

Erwartungshorizonte zu den Arbeitsvorschlägen (S. 41)

a) Vergleich der revolutionären Stimmung in Berlin zu Paris (M1)

Die Autorin Fanny Lewald beschreibt nach den „gewonnenen“ Barrikadenkämpfen vom 18./19. März 1848 zunächst ihre Irritation über die sichtbaren Veränderungen im Stadtbild Berlins. Sie zeigt sich erfreut über Pressefreiheit und weitere kleinere Freiheiten des Alltagslebens. Auch ist ihr Bericht von Stolz über das maßvolle Vorgehen der Revolutionäre erfüllt.

Bedrückend empfindet sie die Stimmungslage der Berliner Bevölkerung, die von Unsicherheit über die Zukunft geprägt ist. Die Menschen zeigen nicht den Enthusiasmus, die Begeisterung, wie Lewald sie zuvor in Paris erfahren hatte. In Berlin lassen sich keine revolutionär-trunkene Siegesstimmung, keine spontanen Freudengesänge und kein ausgelassenes Skandieren von Revolutionsparolen vernehmen. Vielmehr erkennt Lewald in der Residenzstadt einen fortbestehenden Untertanengeist, eine nicht überwundene Beamtenmentalität und die Angst der Besitzbürger vor dem Chaos.

b) Vergleich zweier Aussagen König Friedrich Wilhelm IV. (M2–M3)

Nach den blutigen Barrikadenkämpfen in Berlin vom 18./19. März trat der preußische König Friedrich Wilhelm IV. vor sein Volk und versuchte die Situation zu beruhigen. Überrascht von den revolutionären Ereignissen setzt sich der König selbst an die Spitze der nationalliberalen Bewegung. Er erkennt sowohl in der inneren revolutionären Entwicklung als auch in einer diffusen, auswärtigen Bedrohung eine doppelte Gefährdungslage. Seine Lösung lautet: „Preußen geht fortan in Deutschland auf“ (M 2, Z. 20f.).

Wie die weitere Entwicklung zeigen wird, war sein Vorgehen von taktischem Kalkül geprägt. Der König versucht die Situation zu beruhigen, Zeit zu gewinnen und durch moderate Zugeständnisse, die Berufung liberaler Minister („Märzminister“) und vage aber symbolträchtige Versprechen die eigenen Kräfte zu sammeln. Die Angst der Fürsten bestand vor einer umwälzenden Revolutionswelle, die vor den Thronen nicht Halt gemacht hätte. Insbesondere galt es die Verschmelzung der nationalliberalen, bürgerlichen Strömung mit der zahlenmäßig stärkeren sozialrevolutionären Bewegung zu verhindern.

Als diese Gefahr durch weitgehende Agrarreformen gebannt war, begann sogleich das konservative „Roll-Back“. Dabei spielte Preußen neben Österreich bei der konterrevolutionären Niederschlagung des nationalliberalen Revolutionsprojekts eine politisch und militärisch entscheidende Rolle.

Lagen die Fürsten im März 1848 noch „alle auf dem Bauch“ (vertrauliche Einschätzung Friedrich Wilhelms), so sah die Situation Ende des Jahres schon ganz anders aus. Dies offenbart sich in dem Brief Friedrich Wilhelms IV. an den Gesandten Bunsen vom Dezember 1848, in dem der König die revolutionäre Bewegung als „albernste, dümmste, schlechteste“ (M3, Z. 19) Revolution dieses Jahrhunderts bezeichnet. Die von den gewählten Vertretern des Volkes angebotene Krone lehnt er schlichtweg als „imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken“ (Z. 21) ab. Eine deutsche Krone, die ein preußischer König anzunehmen bereit wäre, könne nur von seinesgleichen (also von den Fürsten) angeboten werden.

Neben der schämlichen Verunglimpfung der Nationalversammlung und der nationalliberalen Bewegung verdeutlicht diese Quelle zwei grundlegend unterschiedliche, sich ausschließende Verständnisse von staatlicher Legitimität. Der König verweigert in pejorativer Weise jegliche Form von Volkssouveränität und leitet das fürstliche Machtmonopol aus den neoabsolutistischen Prinzipien der monarchischen Autorität und Legitimität ab. Auf dieser Ebene konnte es 1848 kein Zusammenkommen geben und folgerichtig wurde der deutsche Nationalstaat dann 1871 als Fürstenstaat gegründet.

c) Interpretation der Karikatur „Es ginge wohl aber es geht nicht“ (M4)

1. Arbeitsschritte zur Interpretation von Karikaturen

I. Analyse:	
Erschließung des Themas sowie der formalen Aspekte	
1. darstellerischer Karikaturentyp	Mischtyp zwischen personalen Typen- und personalen Individualkarikaturen.
2. inhaltlicher Karikaturentyp	Ereigniskarikatur
3. Urheber	Ist nicht zu entnehmen.
4. Thema/Titel	Gescheiterte Überreichung der Kaiserkrone an Friedrich Wilhelm IV. von Preußen; Titel der Karikatur „Es ginge wohl, aber es geht nicht“.
5. Historischer Kontext	Eine Delegation der Nationalversammlung bot dem preußischen König die Kaiserkrone an („Kaiserdeputation“). Vorangegangen war die Festlegung auf eine kleindeutsche Lösung und die Verabschiedung einer Verfassung in der Nationalversammlung. Am 28. März 1849 wählte die Mehrheit der Parlamentarier der Paulskirche den preußischen König zum deutschen Kaiser. Dieser lehnte das Angebot der Parlamentarier jedoch ab.
6. Adressat	politisch interessierte Öffentlichkeit

1 Nationalstaatsgedanke und Nationalismus in Europa

<i>Erschließung des Inhalts und der verwendeten Darstellungsmittel</i>	
1. Bildelemente	Die Karikatur setzt sich aus drei Personengruppen zusammen. In der Mitte steht der gesichts- und mehr oder minder kopflose preußische König, dem der russische Zar beratende Worte einflüstert. Links daneben steht eine Gruppe alter Germanen, die dem König die Kaiserkrone andienen wollen. Die Germanen symbolisieren das Volk und deren alte Gliederung in Stämme. Sie sind dem Einheitsgedanken verpflichtet, was sich zum einen an der deutschen Trikolore (gewöhnungsbedürftige Anordnung der Farben) und zum anderen an der gesamt- aber kleindeutschen Kaiserkrone erkennen lässt. Ihr Gesichtsausdruck ist von tiefer Würde geprägt. Auf der rechten Seite, im Rücken des Zaren befinden sich nach politischer Bedeutung in ihrer Größe abgestuft der Kaiser von Österreich und weitere Könige der deutschen Mittelstaaten (Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover). Sie heben bedrohlich und protestierend die Faust, der österreichische Kaiser hält zur Unterstützung seines Protests ein Rutenbündel in der Hand. Ein Fürst hat einen geöffneten Trinkbecher „auf der Krone sitzen“.
2. Bildgestaltung	Die Germanendelelegation ist in dunklen Erdtönen, archaischen Fellen, teilweise barfuß, mit langen Bärten und Geweihen als Kopfschmuck gezeichnet. Ihre Bewaffnung fällt mit Holzknüppeln spärlich aus. Die bunten Uniformen der Fürsten heben sich von dieser Germanengruppe ab. Beim Vergleich der Größenverhältnisse fällt auf, nur der russische Zar steht auf Augenhöhe mit den Vertretern des deutschen Volkes.
3. Darstellungsmittel	Die Germanengruppe symbolisiert das deutsche Volk, das durch ihre Volksvertreter repräsentiert wird. Die Gesichtlosigkeit des preußischen Königs kann als Allegorie auf seinen wankelmütigen Kurs in der deutschen Frage aufgefasst werden. Die anderen Fürsten stellen lächerliche Figuren dar. Der 19-jährige Franz Joseph von Österreich trägt eine viel zu kleine Kaiserkrone. Die Könige sind in miniaturhafter Größe gezeichnet. Ein offener Bierkrug weist auf ein Alkoholproblem hin.
II. Erläuterung	
<i>Deutung der Aussage im historischen Kontext</i>	
1. Problem	Die Karikatur thematisiert ein Kommunikationsproblem. Die Paulskirchenvertreter tragen einem gesichtslosen, abwärts gewendeten Fürsten eine Kaiserkrone an, die dieser nicht annehmen will.
2. Bedeutung	Der Titel thematisiert den Widerspruch zwischen der grundlegenden Bereitschaft des preußischen Königs die Kaiserwürde anzunehmen und seiner Meinung nach „widrigen Umständen“, die ihn davon abhalten.
3. Umfeld	Die Karikatur erschien zeitnah zur Paulskirchendelegation vom April 1849.
4. Aussagen	Der Bezug auf das Germanentum soll die Tradition des Deutschtums betonen. Das deutsche Volk besitzt eine vorstaatliche und vorfürstliche Geschichte. Die Idee des Deutschtums ist älter als der Machtanspruch der Fürsten. Der gesichtslose, wankelmütige preußische König positioniert sich nicht eindeutig und ist abhängig von den Einflüsterungen anderer Fürsten. In diesem Fall bestimmt der russische Zar Nicolaus seine Entscheidung, die gegen das deutsche Volk ausfällt, da er dessen Vertretern den Rücken zuwendet. Allerdings betonen die hinter dem Rücken verschränkten und dennoch der Krone zugewandten Hände Friedrich Wilhelms seine Bereitschaft Kaiser der Deutschen werden zu wollen. Die Überschrift weist ebenfalls in diese Richtung hin. Die weiteren deutschen Fürsten stellen keine politischen Schwergewichte dar.
5. politisch-ideologischer Standpunkt	Der preußische König wird als opportunistischer Verräter der berechtigten Anliegen des deutschen Volkes dargestellt. Er ist ein schwacher, kopfloser Herrscher, der zwischen Volkszugewandtheit und Fürstenraison hin und her pendelt. Die Vertreter des Volkes dagegen treten ehrwürdig auf und repräsentieren legitime Anliegen des Volkes. Sie besitzen aber keine Machtmittel, um ihre Interessen durchzusetzen. Insgesamt wirken sie auch politisch naiv.
6. Botschaft	Es besteht ein nicht aufhebbarer Konflikt zwischen den Interessen des deutschen Volkes und den Fürsteninteressen. Dabei kommen auf Seiten der Fürsten innen- und außenpolitische Einflussnahmen zusammen.
7. Vergleich mit anderen Quellen	Eine Fülle von Karikaturen, Flugblättern, Aufrufen und anderen Quellen können im Rahmen der dritten Revolutionsphase, der Reichsverfassungskampagne, zum Vergleich mit der vorliegenden Karikatur herangezogen werden.
III. Beurteilung	
<i>Abgabe eines persönlichen Werturteils</i>	
1. Repräsentativität	Die Quelle ist historisch repräsentativ.
2. Vermittlung	individuelle Schülerlösung (die Vermittlung kann als gelungen gelten)
3. begründetes Werturteil	Das Werturteil sollte die Interessen der beteiligten Gruppen aufgreifen: Paulskirchenvertreter: Wunsch nach gelungenem Ausgang der parlamentarischen Arbeit mit kleindeutscher Lösung Preußischer König: Anspruch auf Legitimität des politischen Führungsanspruchs Zar: Interesse auf Einflussnahme in Deutschland und Befürchtung vor relativem Machtverlust durch ein geeintes Deutschland Öst. Kaiser: Befürchtung vor Herausdrängung aus Deutschland Könige des „Dritten Deutschlands“: Angst vor relativem Bedeutungsverlust

d) Pro- und Kontra allgemeines Wahlrecht (M5, M6)

Der linksliberale Abgeordnete August Ziegert (M5) aus dem Wahlkreis Westfalen vertritt die Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf Bundesebene mit zwei wesentlichen Argumentationssträngen:

- politische Reife der unteren Klassen:
 - es besteht keine politische Bestechlichkeit der „unteren Klassen“ (Z. 6) – dieses antiquierte Argument ist Ausdruck eines beschränkten Untertanengeistes
 - die Revolution wurde an vorderster Front von den „unteren Klassen“ vorangetrieben
 - die „unteren Klassen“ besitzen politischen Weitblick. Sie zeigten sich resistent gegenüber republikanischen Verlockungen („Demagogen“, Z. 9 f.) als auch gegenüber fürstlichen Verführungen.
- allgemeines Wahlrecht als Beitrag zur Befriedung der Gesellschaft:
 - die Revolution ist sowohl politischer als auch sozialer Natur
 - die „unteren Klassen“ wollen ihre soziale Situation politisch verbessern
 - eine Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts provoziert gewalttätige Ausschreitungen

Der liberale Abgeordnete Wilhelm Wernher von Nierstein (M6) aus dem Wahlkreis Hessen-Darmstadt argumentiert gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, indem er den Volksbegriff differenziert:

- Physisches Volk: die Gesamtheit aller Menschen, die zu einem Volk gehören.
- Politisches Volk: die Gesamtheit aller Menschen die zum Bedürfnis des Staates etwas Wesentliches beitragen können. Damit sind in erster Linie die Steuerzahler („Geld“, Z. 9) gemeint.

Die „unteren“ Klassen besitzen keinen Status als „politisches Volk“ (Z. 13). Sie verfügen weder über das politische Wissen, die Weitsicht noch über das Verantwortungsgefühl, um an den Entscheidungsprozessen in einem Gesamtstaat (er favorisiert die „großdeutsche“ Lösung) beteiligt zu werden.

Die Fähigkeit politische Prozesse zu beurteilen konzediert von Nierstein den unteren Klassen aber im eng abgesteckten, kommunalen Rahmen zu. Deshalb unterstützt er die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bei der Besetzung von Gemeindegremien.

Von Nierstein ist ein typischer Vertreter des Besitzbürgertums, die mit einer Einflussnahme des Volkes auf politische Entscheidungen stets soziale Umwälzungen zur ihren Lasten verband. In der Paulskirche wurde dennoch das allgemeine Wahlrecht verabschiedet. Für die agrarisch geprägte Bevölkerung war die Wahlrechtsdebatte dagegen eine akademische Diskussion. Außer in Baden kam es 1849 nur zu punktuellen Erhebungen im Rahmen der „Reichsverfassungskampagne“. Den Bauern genügte die sozialen Reformen des Vorjahres; für die Paulskirchenverfassung kämpften sie nicht mehr.

e) Beschreibung und Charakterisierung des Paulskirchenverfassung (M7–M8)

Die Paulskirchenversammlung war die erste demokratisch beschlossene und für ganz Deutschland geltende Konstitution, die jedoch wegen der Fürstenopposition nie Verfassungswirklichkeit erreichen konnte. Sie wurde in der Paulskirche am 28. März 1849 verabschiedet. Folgende Eckpunkte charakterisieren die Reichsverfassung von 1849:

Territorium	Die deutschsprachigen Territorien des Kaiserreiches Österreich blieben (zunächst) außen vor.
Staatsoberhaupt	Deutschland sollte eine konstitutionelle Erbmonarchie werden. Dem preußische König kam der Rang eines Kaisers der Deutschen zu. Die Kaiserwürde blieb innerhalb des Hauses Hohenzollern erblich.
Grundrechte	Die Grundrechte traten schon am 27. Dezember 1848 in Kraft und wurden als Kernstück der Verfassung in einem eigenen Abschnitt in die Reichsverfassung inkorporiert. Sie garantierten Freiheit und Gleichheit aller Deutschen, die Gewährung bürgerlicher Rechte sowie die Presse- und Versammlungsfreiheit.
Wahlrecht	Das im weltweiten Vergleich fortschrittliche Wahlrecht verlieh jedem Mann ab 25 das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht.
Gewaltenteilung	Es bestand eine absolute Gewaltenteilung zwischen Judikative, Exekutive und Legislative. Der Kaiser als Spitze der Exekutive berief die Regierung, konnte aber auch den Reichstag auflösen und besaß gegenüber der Gesetzgebung ein suspensives, allerdings zeitlich sehr befristetes Veto. Weiterhin übte er die völkerrechtliche Vertretung des Reiches und den Oberbefehl über das Heer aus. Die Legislative kontrollierte die Reichsregierung und verfügte über das Budgetrecht. Das Reichsgericht wachte über die Einhaltung der Verfassung.
Föderalismus	Dem Föderalismus wurde durch das Zweikammer-System des Reichstages Rechnung getragen. Im Staatenhaus saßen die Vertreter der einzelnen Bundesstaaten (zur Hälfte Vertreter der fürstlich eingesetzten Landesregierungen, zur anderen Hälfte Abgeordnete der Landesvertretungen)

Trotz des Scheiterns von 1849 blieb dieses Verfassungswerk prägend für die weitere konstitutionelle Entwicklung Deutschlands. Die Paulskirchenverfassung stellte einen modernen und zukunftsweisenden Meilenstein dar. Die Schwäche der Verfassung im politischen Alltagsgeschäft hätte in der dominanten Position des demokratisch nur schwach legitimierten Kaisers gelegen.

f) Unterschiedliche Einschätzung der Revolution durch die Historiker Grab und Winkler (M9–M10)

Einschätzung Walter Grabs

Der Historiker Grab (M9) kommt im Jahr 1980 zu der Einschätzung, dass die Revolution von 1848/49 trotz ihres vordergründigen Scheiterns eine tiefe Zäsur für die Entwicklung Deutschlands bedeutet hat.

Stellenwert der Ereignisse von 1848/49:

- 1848/49 leitete einen allumfassenden und irreversiblen Modernisierungsschub aller Lebensbereiche in Deutschland ein
- erstmals eröffnete sich ein politischer Horizont, der individuelle Partizipation an politischen Prozessen und soziale Verantwortung des Gemeinwesens für den Einzelnen realisierbar erscheinen ließ

1 Nationalstaatsgedanke und Nationalismus in Europa

- erstmals machte die Arbeiterbewegung als zukünftig bestimmende politische Kraft von sich reden
- erstmals wurden die Ideen von Sozialstaatlichkeit, Föderalismus, Republik, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie (Art. 20 GG) propagiert

Wirkungsmacht der Ideen von 1848/49:

- die 1849 obsiegenden Ideen von einem auf fürstlicher Autorität und Legitimität gegründetem Nationalstaat hielten nach ihrer Realisierung 1871 kein halbes Jahrhundert
- die wesentlichen Ideen von 1848/49 dagegen haben die Zeiten überdauert; sie sind Grundstein und zum Großteil „Consensus Omnium“ der Verfassungswirklichkeit und des politischen Alltags in der Bundesrepublik geworden

Folgen des Scheiterns der bürgerlichen Revolution:

- das Scheitern führte zur kriegerischen, antiparlamentarischen Gründung des Nationalstaats
- das Scheitern führte zur Entwicklung und Verbreitung des deutschen Untertanengeistes, der eine demokratische Entwicklung Deutschlands über Jahrzehnte hin hemmte
- das Scheitern erleichterte es dem Militarismus in Deutschland Fuß zu fassen
- das Scheitern eröffnete den Weg in das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus

Einschätzung Heinrich August Winklers

Der Historiker Winkler (M10) kommt im Jahr 2000 zu der Einschätzung, die Revolution sei an den Rahmenbedingungen und an einer Überfrachtung der revolutionären Zielsetzungen gescheitert.

Ursachen des Scheiterns:

- das Ziel, Einheit und Freiheit zur gleichen Zeit zu verwirklichen, stellte eine Überforderung des deutschen Liberalismus dar
- im Vergleich zu den westeuropäischen Staaten fehlte in Deutschland der staatliche Rahmen, in dem das Modernisierungsprojekt zu realisieren gewesen wäre
- wegen der außenpolitischen Konstellation mussten die liberalen Verfechter einer nationalstaatlichen Einigung mit den Fürsten (insbesondere Preußen) zusammenarbeiten; die Notwendigkeit auf bestehende staatliche Machtmittel zurückzugreifen, verhinderte eine Konfrontationspolitik

Folgen des Scheiterns der bürgerlichen Revolution:

- das Scheitern führte zur Etablierung des deutschen Untertanengeistes und Obrigkeitsstaates
- das Scheitern verhinderte vermutlich einen größeren europäischen Krieg

4. Heiliges Römisches Reich Deutscher Nationen	offizielle Bezeichnung des deutschen Kaiserreiches vom Mittelalter bis 1806
5. Rheinbund	1806 in Paris gebildete Konföderation deutscher Fürsten
6. Nationalismus	in Ablehnung gegen den französischen Hegemonieanspruch konstruiertes Bewusstsein vom Wert und der Bedeutung der Nation der Deutschen
7. Liberalismus	eine der individuellen Freiheit verpflichtete philosophische, ökonomische und politische Ideologie, die sich in Ablehnung gegenüber zentralistischen und dirigistischen Ansprüchen fürstlicher Machtausübung im 18. Jahrhundert entwickelte
8. Wiener Kongress	1814/15 in Wien abgehaltener Kongress der europäischen Fürsten zur staatlichen und politischen Neuordnung Europas
9. Restauration	Versuch den politischen Herrschaftsanspruch der Fürsten gegenüber nationalen und liberalen Bestrebungen nach 1815 wiederherzustellen
10. Vormärz	historisch unscharfe Bezeichnung für die Epoche von 1815 bzw. 1830 bis 1848
11. Wartburgfest	1817 abgehaltenes Treffen liberal und national gesinnter Burschenschaften auf der Wartburg bei Eisenach
12. Karlsbader Beschlüsse	Formulierung von vier Gesetzesinitiativen zur Unterdrückung liberaler und nationaler Bestrebungen (u.a. Pressezensur, Berufsverbot)
13. Julirevolution	1830 von Paris ausgehende Revolution gegen die restaurativen Bestrebungen des letzten Bourbonen Karl X. mit Strahlkraft auf ganz Europa
14. Hambacher Fest	1832 in der bayerischen Pfalz abgehaltene Massenkundgebung (30000 Teilnehmer), auf der Forderungen nach deutscher Einheit, Freiheit und Demokratie propagiert wurden
15. Paulskirchenverfassung	erste, am 28. März 1849 in der Paulskirche in Frankfurt am Main demokratisch verabschiedete, allerdings nie umgesetzte Verfassung für ganz Deutschland

Testen Sie Ihre Sachkompetenz (S. 46/47)

a) Phasen deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert

Chronologie der Begriffe	Erläuterung
1. Absolutismus	umstrittener Begriff zur Beschreibung der Zeit von 1648 bis 1789
2. Revolutionskriege	Abschnitt innerhalb der Koalitionskriege von 1792 - 1802
3. Reichsdeputationshauptschluss	1803: Abfindung weltlicher Fürsten durch Säkularisation kirchlicher sowie durch Mediatisierung kleinerer weltlicher Herrschaften für ihre linksrheinischen territorialen Verluste

b) Definition des Begriffs Nationalismus

„Übersteigertes Bewusstsein vom Wert und der Bedeutung der eigenen Nation. Im Gegensatz zum Nationalbewusstsein und zum Patriotismus (Vaterlandsliebe) glorifiziert der Nationalismus die eigene Nation und setzt andere Nationen herab. Zugleich wird ein Sendungsbewusstsein entwickelt, möglichst die ganze Welt nach den eigenen Vorstellungen zu formen.“

Eckart Thurich: pocket politik. Demokratie in Deutschland. Neuauflage 2006. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2006.

c) Französische Lehnwörter im ripuarischen („rheinischen“) Dialekt

Lehnwort	Bedeutung	Französische Wurzeln (oft Umstritten)
1. Amboraasch	„Umstände“, „Getue“, „Aufhebens“; vor allem im Kölner Karneval auch „Pomp“, „Prunk“, „Gepränge“, „Hofstaat“	„Entourage“
2. Bajasch	„Gepäck“, Verwandtschaft, „Sippe“	„Bagage“
3. blümerant	„flau“, „unwohl“, „übel“	„bleu mourant“
4. etepetete	„anspruchsvoll“, „heikel“, „wählerisch“, „überkritisch“	„être, peut-être“
5. Fisimatenten	„Dummheiten machen“	Die im Rheinland weit verbreitete Ableitung von „Visitez ma tente“ (dt. besuchen Sie mein Zelt) oder auch „Vois-y ma tente“ (dt. siehe dort mein Zelt) als deutliche Einladung französischer Besatzungssoldaten an deutsche Mädchen, der die elterliche Ermahnung an die jungen Damen „mach' aber keine Fisi ma tenten“ entgegnet wurde, bleibt unbelegt. Begriff stammt wahrscheinlich aus dem Frühneuhochdeutschen (fisiment).
6. kiwief	„fit“, „schnell“, „intelligent“, „geschickt“, „reaktionsschnell“, „lebendig“, „auf Draht sein“	„qui vive“
7. Latüchte	„Lampe“, aber auch allgemein für „Licht“	laut „Kluge“ (Etymologisches Wörterbuch der Deutschen Sprache) stammt der Begriff aus dem Niederdeutschen
8. Mostrich	„Senf“	„le moutarde“
9. Plümme	„Überdecke“, „Tagesdecke“, „Zudecke“	„le plumeau“
10. Prumm	„Pflaume“	„la prune“
11. us de Lamäng	„aus dem Stehgreif“	„la main“